

AfD auf der didacta? Klares Nein von uns.

Hiermit beziehen wir uns auf Pressemitteilungen, dass die AfD bei der kommenden didacta- Bildungsmesse in Stuttgart einer der Hauptaussteller sein wird.

Das diesjährige Motto der didacta lautet „Bildung braucht Demokratie - Demokratie braucht Bildung“. Wir unterstützen diesen Leitgedanken, denn

- **Bildung ist eine Voraussetzung für Demokratie.**

Wir brauchen gebildete Bürger:innen, die kritisches Denkvermögen besitzen, politische Prozesse verstehen und verantwortungsbewusst handeln können. Ohne Bildung fehlt den Menschen das Wissen und die Fähigkeit, sich aktiv an demokratischen Prozessen zu beteiligen, etwa durch Wahlen, Diskussionen oder gesellschaftliches Engagement.

- **Demokratie ist die Grundlage für Bildung.**

In einer Demokratie soll es gleichberechtigte Bildung für alle geben, unabhängig von Herkunft oder sozialem Status. Daher fördern demokratische Gesellschaften Meinungsfreiheit, Wissenschaft und kritisches Denken – alles essenzielle Bestandteile guter Bildung. Dem gegenüber schränken autoritäre Systeme Bildung und Informationsfreiheit oft ein, um Macht zu sichern.

- **Demokratie und Bildung stärken sich gegenseitig.**

Demokratische Werte und Fähigkeiten werden durch Bildung erworben. Eine stabile Demokratie bildet die Grundlage einer freiheitlichen und vielseitigen Bildung. Folglich können Demokratie und Bildung nicht getrennt voneinander betrachtet werden - sie sind die Basis jeder aufgeklärten, freien Gesellschaft.

Ganz besonders hervorheben wollen wir, dass Bildungseinrichtungen die Verantwortung tragen, demokratische Werte wie Meinungsfreiheit, Toleranz und Gleichberechtigung zu vermitteln. Daraus lässt sich schließen, dass Pädagogik zum Schutz der Demokratie verpflichtet ist!

Für diese Punkte steht die in Teilen als gesichert rechtsextrem eingestufte Partei AfD nicht.

Kritik an Bildungseinrichtungen

Die AfD kritisiert Schulen und Universitäten und will die politische Kontrolle über Bildungsinhalte ausüben. Sie lehnt Konzepte der politischen Bildung zu Demokratie, Menschenrechten oder Antidiskriminierung ab und bezeichnet sie als „Umerziehung“. Das ist ein Angriff auf die politische Bildungslandschaft. Des Weiteren werden Pädagog:innen, die sich gegen Rechtsextremismus oder für Vielfalt einsetzen von der AfD gezielt attackiert.

Einschränkung demokratischer Werte

Die AfD will demokratische Werte in der Bildung einschränken, indem sie demokratische Grundwerte wie Pluralismus, Toleranz und Menschenrechte durch Kritik an einer vielfältigen Gesellschaft und Geschlechtergerechtigkeit infrage stellt. Sie fordern konkret die Abschaffung von Bildungsinhalten zu Themen wie Rassismus, Kolonialismus oder LGBTQ+-Rechten, was der Demokratieerziehung widerspricht. Die AfD setzt „Leistung“ und „Nationalstolz“ in den Fokus und lehnt kritisches Denken oder gesellschaftspolitische Reflexion oft ab.

Rückschritte in der Inklusion

Als Verband Sonderpädagogik e.V. setzen wir uns für Inklusion als ein Menschenrecht ein. Inklusion bedeutet die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben, unabhängig von individuellen Fähigkeiten oder Einschränkungen. In Deutschland ist dieses Prinzip gesetzlich, unter anderem durch die UN- Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) das Behindertengleichstellungsgesetz (BGG), das seit dem 1. Mai 2002 gilt und die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Recht regelt, verankert.

Die AfD vertritt Positionen, die im Widerspruch zu diesen rechtlichen Vorgaben stehen. So bezeichnet Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender der AfD in Thüringen, Inklusion als einen „Irrweg“. Diese Haltung der AfD steht im Gegensatz zur Sicherstellung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Die in Deutschland geltenden Gesetze und die Ausführungsbestimmungen zielen darauf ab, Diskriminierung zu verhindern und Chancengleichheit zu gewährleisten.

Nicht zu vergessen sind die demokratiefeindlichen Tendenzen der Partei selbst. Die AfD tritt in vielen Bereichen demokratische Prinzipien mit Füßen, indem sie etwa autoritäre Politikansätze befürwortet, Journalisten attackiert oder den Rechtsstaat infrage stellt.



Teile dieser Partei werden vom Verfassungsschutz als klar rechtsextremistisch eingestuft.

Teil dieser Partei ist der AfD-Landesverband Baden-Württemberg, der auf der didacta 2025 als Hauptaussteller zugelassen ist. Die auf Instagram veröffentlichte Stellungnahme der Messe weist auf „demokratisches, vielfältiges und tolerantes Miteinander“ (Posting didacta_messe vom 31.1.2025) hin. Das Zulassen der AfD als Aussteller ist ein klarer Verstoß gegen die Werte und Richtlinien der Messe, denn die didacta versteht sich als Bildungsmesse mit Fokus auf Demokratie, Vielfalt und Inklusion. Die AfD widerspricht mit ihren Programmpunkten diesen Grundwerten und sorgt damit auch für eine Schädigung des Messe-Images. Bei einer Beteiligung der AfD an der didacta 2025 wird außerdem das Risiko eingegangen, dass es durch Demonstrationen zu Sicherheitsrisiken kommt, ein weiterer Grund, die AfD aus organisatorischen Gründen auszuschließen.

Fazit

Die AfD stellt eine Gefahr für die Demokratie dar. Statt demokratische Werte durch Bildung zu fördern, versucht sie, Bildung politisch zu instrumentalisieren, pluralistische Inhalte zu verbannen und kritisches Denken zu unterbinden. Ihre Positionen laufen dem Grundgedanken einer demokratischen und gebildeten Gesellschaft zuwider. Eine Bildungsmesse muss den Werten einer offenen, inklusiven und demokratischen Gesellschaft verpflichtet bleiben und darf jenen keine Plattform bieten, die diese Grundprinzipien untergraben. Es reicht nicht aus, wenn an einem Messestand keine offensichtlichen Verstöße gegen geltendes Recht stattfinden. Entscheidend ist, ob ein Aussteller in seiner Gesamtausrichtung demokratische Werte vertritt oder diese systematisch untergräbt.

Wir lehnen die Teilnahme der AfD an der didacta Bildungsmesse entschieden ab und fordern den Didacta Verband e.V. – Verband der Bildungswirtschaft auf, die AfD als Aussteller in diesem Jahr und auch in Zukunft zu verbieten.



Dr. Angela Ehlers für den Bundesvorstand des Verbands Sonderpädagogik e.V.

Landesverband Mecklenburg-Vorpommern
i.V. Mona Mergemeier

Landesverband Baden- Württemberg
i.V. Manuel Metzmaier

Landesverband Nordrhein- Westfalen
i.V. Prof. Dr. René Schroeder

Landesverband Sachsen
i.V. Ute Schnabel

Landesverband Bremen
i.V. Michael Evers

Landesverband Berlin
i.V. Uwe Runkel

Landesverband Brandenburg
i.V. Franka Rufflet

Landesverband Bayern
i.V. Matthias Krämer

Landesverband Hessen
i.V. Bettina Eckert- Ziegler

Landesverband Niedersachsen
i.V. Hanno Middeke

Landesverband Thüringen
i.V. Dr. Martin Degner

Landesverband Schleswig- Holstein
i.V. Hendrik Reimers

Landesverband Hamburg
i.V. Dr. Anne-Katrin Karl